



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 25.01.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 13.09.2016, 17:03 Uhr bis 19:03 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marion Heuser GRÜNE vertritt Herrn Heinlein, Joachim

Beratende Mitglieder

Herr Günter Witzmann	AfD
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Sophie Sänger TX Köln vertritt Herrn Fußén, Thilo

Verwaltung

Frau Christina Brammen-Petry

Frau Dr. Anne Bunte Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Frau Jaqueline Demir

Frau Dr. Andrea Eulgem

Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Herr Johannes Feyrer

Herr Josef Fuchs

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Joachim Heinlein

GRÜNE wird vertreten von Frau Heuser, Marion

Beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V. wird vertreten von Frau Sänger, Sophie

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Gerdi Hugoth

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Stella Shcherbatova

Synagogen-Gemeinde Köln

Herr Dr. med Martin Theisohn

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Elke Bussmann

SPD

Herr Ulrich Krüger

Bürgerzentrum Ehrenfeld

Herr Jens Paaßen

auf Vorschlag der CDU

Herr Ahmet Edis

GOL

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird einstimmig wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP A) Vorstellung des neuen Beigeordneten für das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt, Herrn Dr. Harald Rau

TOP B) Bericht über das Projekt: " fachärztliche Beratung in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete"

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege
2199/2016

2.2 Nutzung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge
2388/2016

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Abbau von Krankenhausbetten in Köln
AN/1457/2016

4 Anträge gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Wärmebildkameras auch für die Freiwillige Feuerwehr Köln
AN/1476/2016

5 Beschlussvorlagen

5.1 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2016
2640/2016

5.2 Aufnahme des Jobcenters in die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) Köln, Benennung von Herrn Beigeordneten Dr. Harald Rau zum Vorsitzenden der KGK Köln sowie weitere Änderungen der Zusammensetzung der KGK Köln
2650/2016

5.3 Lieferung von Brandschutzkleidung über einen 2-Jahres-Rahmenvertrag für die Feuerwehr Köln
2491/2016

- 5.4 Ausbau von derzeit etwa 170 Brandschutzfahrzeugen der Feuerwehr Köln zur Umrüstung auf Digitalfunk
2564/2016
- 5.5 Schenkung eines Anhängerfahrzeuges für die Feuerwehr Köln durch den Förderverein Freiwillige Feuerwehr Eil e.V.
1902/2016
- 5.6 Beschaffungsprogramm für Fahrzeuge des Rettungsdienstes 2016
2837/2016
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Rettungshubschrauberstation Kalkberg; hier: aktueller Sachstand
- 6.1.1 Altlastensituation Kalkberg
hier: Zusammenfassung der vorliegenden Erkenntnisse
2747/2016
- 6.2 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen"
Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2100/2016
- 6.3 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur Schadstoffbelastung an Kölner Kinderkrippen, Kitas und Schulen
2366/2016
- 6.4 Wegweiser für die Palliativ- und Hospizversorgung in Köln
2382/2016
- 6.5 Wegweiser "Selbsthilfegruppen in Köln, Ausgabe 2016 / Flyer der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln
2422/2016
- 6.6 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe zum Thema Drogen-Abgabestellen in Köln (AN/1137/2016)
2693/2016
- 6.7 9. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
2866/2016
- 6.8 Mitteilung zur Woche der Wiederbelebung (19.9.-25.9.2016)
3037/2016

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

TOP A) Vorstellung des neuen Beigeordneten für das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt, Herrn Dr. Harald Rau

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, begrüßt im Namen des Gesundheitsausschusses den neuen Beigeordneten für das Dezernat V, Soziales, Integration und Umwelt, Herrn Dr. Harald Rau.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bedankt sich und skizziert seinen bisherigen Werdegang und seine Vorstellungen von seiner neuen Tätigkeit hier in Köln.

TOP B) Bericht über das Projekt: " fachärztliche Beratung in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete"

Frau Dr. Eulgem und Frau Demir vom Gesundheitsamt stellen das von ihnen durchgeführte Projekt „Fachärztliche Beratung in Flüchtlingsunterkünften“ anhand einer der Niederschrift beigefügten Powerpoint-Präsentation vor.

Sie erläutern, dass sie dieses erfolgreiche Projekt unter Zurückstellung ihrer eigentlichen Aufgaben im Gesundheitsamt nur befristet bis zum 30.09.2016 durchführen könnten. Anschließend müssten sie ihre Aufgaben im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst bzw. im Bereich Frühe Hilfen wieder vollständig übernehmen.

Von mehreren Mitgliedern des Gesundheitsausschusses wird eine Weiterführung dieses Projektes über den 30.09.2016 hinaus ausdrücklich befürwortet.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, teilt mit, dass aufgrund der positiven Erfahrungen mit dieser Arbeit direkt in den Notunterkünften versucht werde, entsprechende Stellen (1,0 Ärztin/Arzt, 1,0 Sozialarbeiter/in) einzurichten und das Projekt nach Besetzung der Stellen fortzuführen.

Der Gesundheitsausschuss unterstützt einstimmig die Bestrebungen der Verwaltung, das Projekt über den 30.09.2016 hinaus fortzusetzen und dafür auch die notwendige Personalkapazität zu schaffen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege 2199/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.2 Nutzung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge 2388/2016

SB Frau Röhrig fragt nach der gesundheitlichen Versorgung der Flüchtlinge, die der Stadt Köln noch nicht zugewiesen worden seien.

Die Verwaltung wird diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt beantworten.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Abbau von Krankenhausbetten in Köln AN/1457/2016

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, beantwortet die Fragen mündlich.

Sie teilt mit, dass die gewünschten Daten nicht originär bei der Stadt vorlägen, da die Stadt nur mittelbar betroffen sei. Nach Auskunft der zuständigen Bezirksregierung läge dort keine aktuelle Zusammenstellung von Daten vor. Eigene Recherchen zeigten aber, dass der Bettenabbau in Köln im Durchschnitt deutlich unter der Zielvorgabe von 10 % läge.

Die Frage 4, ob Fachdisziplinen abgegeben werden mussten, könne sie beim aktuellen Stand mit einem klaren Nein beantworten.

4 Anträge gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Wärmebildkameras auch für die Freiwillige Feuerwehr Köln AN/1476/2016

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, teilt mit, dass der Beschaffungsvorgang für die Wärmebildkameras eingeleitet sei und mit einer Inbetriebnahme im Mai 2017 zu rechnen sei.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2016 2640/2016

RM Herr Dr. Strahl teilt mit, dass der gemeinsame Unterausschuss Selbsthilfegruppen die Beschlussfassung durch den Gesundheitsausschuss einstimmig befürwortet habe.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 – im Haushaltsjahr 2016 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich gemäß der beigefügten Anlage, zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe (bis 512 €) nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

Einstimmig beschlossen.

**5.2 Aufnahme des Jobcenters in die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) Köln, Benennung von Herrn Beigeordneten Dr. Harald Rau zum Vorsitzenden der KGK Köln sowie weitere Änderungen der Zusammensetzung der KGK Köln
2650/2016**

Auf die Frage, aus welchem Grund das JobCenter einbezogen werde, informiert die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, dass viele Akteure auch mit dem JobCenter Gesundheitsfragen klären. In anderen Kommunen (z.B. Essen) sei das JobCenter bereits Mitglied der KGK. Ein Projekt der KGK Essen für Langzeitarbeitslose sei gerade mit einem Preis ausgezeichnet worden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

a) das Jobcenter Köln

als Institution in die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln aufzunehmen.

b) Herrn Beigeordneten Dr. Harald Rau
(vormals Frau Beigeordnete Henriette Reker)

als Vorsitzenden der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen und

c) Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

als **stellvertretende Vorsitzende** der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Darüber hinaus beschließt der Rat der Stadt Köln

d) Frau Anett Kuck für das Jobcenter Köln sowie

e) Herrn Achim Woltmann für das Amt für Soziales und Senioren
(bisher Frau Carolin Herrmann)

zu **Mitgliedern** der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen und

f) Frau Marina Griese für das Jobcenter Köln sowie

g) Frau Anna-Maria Friedrich für das Amt für Soziales und Senioren
(bisher Herr Dieter Gorklo)

zu **stellvertretenden Mitgliedern** der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen.

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

5.3 Lieferung von Brandschutzkleidung über einen 2-Jahres-Rahmenvertrag für die Feuerwehr Köln 2491/2016

Auf die Nachfragen von RM Herr Paetzold und RM Herr Dr. Strahl zur Entwicklung der Kleidung und der Nutzungsdauer, informiert der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, dass hier der Rahmenvertrag für die Bekleidung von 2.000 Einsatzkräften um 2 Jahre verlängert werden solle. Es sei zu erwarten, dass die Entwicklung der neuen Kleidung mit verbesserten Eigenschaften noch 2 Jahre andauere. Zurzeit liefe eine Markterkundung und zum gegebenen Zeitpunkt erfolge dann eine neue Ausschreibung.

Er führt weiterhin aus, dass die Nutzung der aktuellen Bekleidung je nach Inanspruchnahme 1-5 Jahre möglich sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales ist mit dem Abschluss eines 2-Jahres-Rahmenvertrages für die Lieferung von Brandschutzkleidung (ca. 800 Überjacken und ca. 800 Überhosen) für die Feuerwehr Köln einverstanden.

Der Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales wird unter Vorbehalt der ungeänderten Zustimmung des Gesundheitsausschusses gefasst.

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 05.09.2016 einstimmig zu.

5.4 Ausbau von derzeit etwa 170 Brandschutzfahrzeugen der Feuerwehr Köln zur Umrüstung auf Digitalfunk 2564/2016

RM Herr Kaske fragt nach, ob an dem dargestellten Zeitplan von 1 bis 1,5 Jahren noch etwas getan werden müsse, oder ob es dann Sicherheitsprobleme geben könnte.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer erläutert, dass der Schwerpunkt derzeit noch auf Analogfunk liege, aber das dargestellte Zeitfenster zur Umstellung auf Digitalfunk als sicher definiert werden könne.

Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, RM Herr Dr. Unna, fragt nach, wann ungefähr mit einem Auslaufen des Analogfunks zu rechnen sei.

Herr Feyrer schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen eine eventuelle Alternative vorzustellen, die aktuell von mehreren Ämtern der Stadt, die im Sicherheitsbereich tätig seien, diskutiert würde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales ist mit der Ausschreibung der Ausbauleistung von derzeit etwa 170 Brandschutzfahrzeugen der Feuerwehr Köln zur Umrüstung auf den Digitalfunk einverstanden.

Der Beschluss des AVR wird unter Vorbehalt der ungeänderten Zustimmung des Gesundheitsausschusses gefasst.

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 05.09.2016 einstimmig zu.

5.5 Schenkung eines Anhängerfahrzeuges für die Feuerwehr Köln durch den Förderverein Freiwillige Feuerwehr Eil e.V. 1902/2016

Der Gesundheitsausschuss dankt dem Förderverein Freiwillige Feuerwehr Eil e.V. ausdrücklich und bittet darum, diesen Dank weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Rat bedankt sich bei dem Förderverein Freiwillige Feuerwehr Eil e.V. für die Schenkung eines Anhängerfahrzeuges.

Der Rat nimmt die Schenkung des Anhängerfahrzeuges, das in der Freiwilligen Feuerwehr Köln, Löschgruppe Eil für die Sondereinheit „Unwetter“ genutzt werden soll, an. Die Berufsfeuerwehr trägt die jährlichen Wartungskosten in Höhe von ca. 200,00 € p.a. und eventuell anfallende Instandhaltungskosten. Die Finanzierung erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst.

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

5.6 Beschaffungsprogramm für Fahrzeuge des Rettungsdienstes 2016 2837/2016

RM Herr Witzmann hat einige technische Fragen und kündigt einen Fragenkatalog an.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss ist mit dem Beschaffungsprogramm 2016 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes mit einem Gesamtvolumen i. H.v. 4.788.000 € (Anlage 1) einverstanden.

Die Finanzierung erfolgt aus veranschlagten Mitteln zum Doppelhaushalt 2016/2017 im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, bei Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Einstimmig beschlossen.

6 Mitteilungen

6.1 Rettungshubschrauberstation Kalkberg; hier: aktueller Sachstand

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 6.1.1 dort diskutiert.

6.1.1 Altlastensituation Kalkberg

**hier: Zusammenfassung der vorliegenden Erkenntnisse
2747/2016**

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, teilt mit, dass zurzeit die Westseite stabilisiert werde. Die Planungen incl. Kostenschätzung für die Ostseite seien kurz vor der Fertigstellung.

Er schlägt vor, dass die Mitglieder der 3 beteiligten Ausschüsse (Gesundheitsausschuss, Ausschuss für Umwelt und Grün und Bauausschuss) in einer gemeinsamen Veranstaltung über die weitere Vorgehensweise informiert werden. Anschließend würde dann eine entsprechende Beschlussvorlage zur Abwehr der „Gefahr im Verzuge“ als Dringlichkeitsentscheidung auf den Weg gebracht.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, aus welchem Grund die geplante umwelttechnische Auswertung der Bohrkerne nicht erfolgt sei und wo sich die Öllinse befinde.

Die stellvertretende Leiterin des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, Frau Brammen-Petry, informiert, dass die umwelttechnische Auswertung der 4 Bohrkerne, die zur Stabilitätsprüfung dienen sollten, aufgrund verschiedener Missverständnisse und Kommunikationsprobleme nicht hätte erfolgen können. Die Ergebnisse einer weiteren Bohrung mit 40 Bodenproben stünden im Internetauftritt des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes zur Verfügung und wiesen keine Besonderheiten auf.

Sie teilt hinsichtlich der sog. Öllinse mit, dass es sich wohl um ein lokal begrenztes, in der Mitte unter der Grundwasserlinie liegendes Öl-Sand-Gemisch handele, welche wahrscheinlich sehr alt (80 Jahre) sei und auch bei vergangenen Hochwasserereignissen nicht zur Verunreinigung des Grundwassers geführt habe.

RM Herr Paetzold teilt mit, dass er darüber informiert worden sei, dass die von der Verwaltung angekündigte Berieselung des Kalkbergs zur Verringerung der Staubentwicklung nicht durchgeführt werde.

Herr Feyrer informiert, dass eine Staubentwicklung dort verhindert werden müsse, wo kontaminierte Stäube aufgewirbelt würden. Die von Anwohnern beklagte Staubentwicklung rühre aber z.B. von LKWs her, die Material zur Baustelle brächten. Dies sei bei einer Baustelle dieser Größenordnung nicht zu vermeiden. Die ausführenden Firmen werden aber regelmäßig schriftlich von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Staubentwicklung zu minimieren sei. Dies sei Bestandteil des Vertrages und könne bei Nichtbeachtung auch zu Vertragsstrafen führen.

Auf Nachfrage wird von Herrn Feyrer der Begriff „Gefahr im Verzuge“ erläutert, wonach bei regelkonformem Verhalten eine absehbare Gefahr verhindert werden soll, unabhängig von einer Dauer, anders bei einer „akuten Gefahr“, bei der sofort gehandelt werden müsse.

Weiterhin informiert er darüber, dass alle weißen Stellen, die den Anschein erwecken könnten, es handele sich um Kalk, abgedeckt würden. Er hoffe, dies könne zur Beruhigung der Bevölkerung dienen.

RM Herr Paetzold regt an, die Veranstaltung für die 3 beteiligten Ausschüsse, wenn möglich, auf dem Kalkberg durchzuführen.

Herr Stadtdirektor Kahlen informiert, dass die an 25 Stellen durchgeführten Messungen zu Bewegungen innerhalb der Halde intensiviert worden seien, um einer sich eventuellen konkretisierenden Gefahr begegnen zu können. Diese Messungen hätten bereits gezeigt, dass das aufgebrauchte Stabilisierungsmaterial positive Wirkung zeige.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna erläutert, dass er den Ratsbeschluss zum Kalkberg so verstanden habe, dass bei „Gefahr im Verzuge“ die Verwaltung ohne die Politik tätig werden könne.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert, dass zusätzlich zu einem die weiteren Planungen betreffenden Ratsbeschlusses den zuständigen Gremien auch wesentliche gestalterische Varianten zur Beschlussfassung zugeleitet würden.

Auf Nachfrage von SE Frau Dr. Kuch, ob noch weitere Bohrungen notwendig seien, teilt Frau Brammen-Petry mit, dass auch bei einer Vielzahl von Bohrungen immer nur punktuelle Erkenntnisse gewonnen werden könnten, eine allumfassende Untersuchung somit nicht möglich sei. Es sei aber davon auszugehen, dass mit der Abdeckung des Kalkberges ein Einsickern von Regenwasser und somit auch ein Ausschwemmen von Schadstoffen verhindert werde. Auch werde das Grundwasser sehr ausführlich untersucht.

Sowohl SE Herr Steffens als auch der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, äußern, dass sie eine punktuelle Untersuchung in dieser aus ihrer Sicht gravierenden Angelegenheit nicht für ausreichend hielten. Sowohl in der Human- als auch in der Tiermedizin würde man sich nicht auf eine Einzeluntersuchung verlassen.

Frau Brammen-Petry weist darauf hin, dass das Bundesbodenschutzgesetz zum Schutz des Grundwassers eingehalten werde. Die gewonnenen Proben seien für den notwendigen Erkenntnisgewinn ausreichend gewesen.

SE Frau Dr. Kuch bittet darum, im Rahmen der angeregten Informationsveranstaltung deutlich zu machen, dass es für die Haldenstabilisierung keinen Unterschied mache, ob sich dort ein Hubschrauberlandeplatz befände oder nicht.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach dem Stand der Setzungen des Hubschrauberlandeplatzes und nach den Kosten für die angekündigten Maßnahmen.

Herr Feyrer teilt mit, dass die Werte seit einiger Zeit auf Null zurückgegangen seien oder teilweise wieder nach oben gegangen seien. Es sei definitiv zu einer Beruhigung am Gebäude gekommen.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass die angekündigte Dringlichkeitsentscheidung für weitere Planungen auch Informationen über die Kosten enthalten werde. Zur „Dynamik“ von Setzungen und Hebungen könne aber ein Gutachter im Rahmen der angesprochenen Informationsveranstaltung nähere Auskünfte geben.

SB Frau Röhrig fragt nach dem Abschluss der weiteren Cyanid-Untersuchungen.

Frau Brammen-Petry geht davon aus, dass diese voraussichtlich in den nächsten 2 Monaten erfolgen könne.

**6.2 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2100/2016**

RM Frau Gärtner fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass in der vorletzten Woche eine interministerielle Arbeitsgruppe in Düsseldorf getagt habe. Die an Köln gestellten Fragen seien mittels einer als Antragsergänzung gewerteten Präsentation von Herrn Beigeordneten Höing und ihm selbst beantwortet worden. Die Unterstützung des Landes für diesen Antrag liege inzwischen auch mündlich vor. Nach der Klärung von letzten Detailfragen könnten nun die Einzelanträge gestellt werden.

**6.3 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur Schadstoffbelastung an Kölner Kinderkrippen, Kitas und Schulen
2366/2016**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.4 Wegweiser für die Palliativ- und Hospizversorgung in Köln
2382/2016**

SB Frau Houben fragt nach, ob es den Wegweiser auch in Schriftform gebe.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, informiert, dass der Wegweiser noch in „Leichte Sprache“ transferiert und das Layout angepasst werden müsse. Dann werde der Wegweiser ins Internet eingestellt. Ob es auch eine Printversion geben werde, würde noch geprüft, da hierfür keine Finanzmittel im Haushalt eingestellt seien und zudem Printversionen schnell nicht mehr dem aktuellen Stand entsprechen.

**6.5 Wegweiser "Selbsthilfegruppen in Köln, Ausgabe 2016 / Flyer der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln
2422/2016**

RM Frau Heuser lobt den aktualisierten Wegweiser und fragt nach den Verteilungswegen.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte teilt mit, dass der Wegweiser im Internet mit den entsprechenden Verlinkungen zur Verfügung stünde. Ein Druck erfolge über die Selbsthilfekontaktstelle. Eine Druckauflage werde dann über die klassischen Wege verteilt. Auch Bürgerzentren und andere städtischen Einrichtungen würden dann üblicherweise versorgt.

**6.6 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe zum Thema Drogen-
Abgabestellen in Köln (AN/1137/2016)
2693/2016**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.7 9. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
2866/2016**

RM Frau Heuser weist auf die auf Seite 50 des Berichtes ausgewiesenen hohen Kosten und auf die Diskrepanz zu den von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mitteln hin. Sie bittet darum, dass die Verwaltung mit ihren Möglichkeiten auf Land und Bund einwirke, damit die Kommunen entlastet würden.

**6.8 Mitteilung zur Woche der Wiederbelebung (19.9.-25.9.2016)
3037/2016**

Die Verwaltung nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

RM Herr Dr. Strahl fragt nach den Perspektiven für die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes, da der ursprünglich angedachte Standort nicht in Frage käme.

Herr Beigeordneter Dr. Rau informiert über einen in Kürze stattfindenden Termin mit dem Polizeipräsidenten, da die Standortfrage maßgeblich von der Zustimmung der Polizei abhänge. Ergebnis dieses Gesprächs sollte die Festlegung von Kriterien sein, die eine polizeiliche Zustimmung ermöglichen. Das Gesundheitsamt suche weiterhin intensiv nach auch aus polizeilicher Sicht geeigneten Immobilien.

Zur Frage von RM Herrn Dr. Strahl, ob es auch geeignete städtische Immobilien gäbe, teilt Herr Dr. Rau mit, dass städtische Immobilien für diesen Zweck nicht zur Verfügung stünden.

RM Herr Paetzold fragt nach dem Sachstand der von der Politik beauftragten gemeinsamen Konzeption mit Fachträgern.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, weist drauf hin, dass es in den nach der Fassung des genannten Beschlusses beginnenden Sommerferien extrem schwierig gewesen sei, einen gemeinsamen Termin zu finden. In der letzten Woche (36.KW) habe ein Termin stattgefunden. Die Eckpunkte würden gerade schriftlich fixiert. Kernpunkt sei die Frage der Niedrigschwelligkeit.

RM Frau Heuser möchte wissen, ob es richtig sei, dass Ärztinnen und Ärzte aus dem Pool derjenigen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagierten und nicht über eine eigene Praxis verfügten, in ihren Behandlungsmöglichkeiten beschränkt seien, so dürften sie etwa keine Spritzen setzen.

Frau Dr. Bunte informiert, dass es von Anfang an Ziel gewesen sei, die Köln zugewiesenen Geflüchteten in das Regelsystem überzuleiten. In den Notfallsprechstunden, die eine kassenärztliche Versorgung darstellten, sei es für Ärztinnen und Ärzte ohne Kassenzulassung nicht möglich, z. Bsp. Rezepte auszustellen. Das Gesundheitsamt habe in anderen Bereichen gute Erfahrungen mit dem Engagement von ehrenamtlich tätigen Ärztinnen und Ärzte, die sich z.B. im Ruhestand befänden, gemacht.

Dr. Unna
Ausschussvorsitzender

Kaune
Schriftführer